Bad Herrenalb

Zukunft bringt keine Entspannung

Schwarzwälder-Bote, 28.02.2013 20:03 Uhr

Im Dobeltal gibt es einen Neubau. Was mit dem Kindergarten Regenbogen passiert, ist noch festzulegen. Foto: Becker Foto: Schwarzwälder-Bote

Von Markus Kugel

Bad Herrenalb. Der Haushaltsentwurf 2013 macht die schwierige monetäre Lage deutlich. In der Bad Herrenalber Gemeinderatssitzung wurde am Mittwochabend gelobt, dass nun alle Zahlen auf dem Tisch liegen.Schultes Norbert Mai stellte fest: Man stehe mit dem Rücken zur Wand. Der Rathauschef sprach vom fünften Sparhaushalt in Folge. Es gebe keinen finanziellen Spielraum. Nur mit großen Anstrengungen schaffe man die Pflichtaufgaben. Und die Zukunft bringe keine Entspannung.

Rüdiger König konstatierte: Das Gremium debattiere über einen offenen Haushalt ("glasklarer Zustand"). Er sieht die Verwaltung in der Pflicht, Beschlüsse vorzulegen, welche die Ausgaben begrenzen. Mit dem Sparen hätte man früher beginnen sollen. Das Haushaltskonsolidierungskonzept müsse tatsächlich angegangen werden, so König. Mittelfristig gelte es, die Personalausgaben in den Griff zu bekommen. Doch würden die Zahlen steigen. Im Haushaltsplan sind es knapp vier Millionen Euro. Für die Unterhaltung der Straßen seien lediglich 100 000 Euro vorgesehen – das spiegle das Dilemma wider.

Der Zuschuss für die Verkehrsbetriebe (Subventionierung des öffentlichen Personennahverkehrs) in Höhe von 15 000 Euro reiche nicht aus, so der Fraktionsvorsitzende der UBV weiter. Über den Antrag, hier weitere 30 000

Euro einzustellen, wird der Gemeinderat in der nächsten Sitzung abstimmen. Der Personentransport ist laut König für die Wohnqualität sehr wichtig. Der zusätzliche Betrag könne bei Kur, Kultur, Tourismus und Marketing (KKTM) eingespart werden. Peter Müller ergänzte, dass man gerne noch mehr für den ÖPNV bereitgestellt hätte, aber für die Gegenfinanzierung bislang keine bessere Lösung gefunden habe.

Die Ausgabenpolitik gelte es zu überdenken, so König. Die anstehende mittelfristige Finanzplanung müsse in einer gesonderten Sitzung, spätestens vor der Sommerpause, erfolgen. Alles solle dann das Gremium unter die Lupe nehmen. Bis dahin stehe die kleine Landesgartenschau 2017 bei der UBV unter Vorbehalt. König sprach von einem Überblick über das Konsolidierungsprogramm.

Christian Romoser nannte den Verlustausgleich bei den Stadtwerken von 900 000 Euro als nicht akzeptabel. Generell müsse bei jeder Ausgabe an die finanziellen Folgen erinnert werden. Ideenreichtum sei gefordert. Bad Herrenalb brauche wieder finanziellen Spielraum. Damit gingen auch Entscheidungen einher, die wehtun würden.

Markus Merkle erinnerte daran, dass bei einer Streichorgie notwendige Sanierungsmaßnahmen nicht außer Acht gelassen werden dürften. Auch ihn sorge der hohe Abmangel bei den Stadtwerken.

Stuttgart 21 vergleiche er mit Bad Herrenalb 2017, meinte Merkle. Bei den Krediten warnte er davor, sich zu vergaloppieren.

Mit Blick auf die Stadtwerke sagte der Schultes, das Minus beim Bäderbetrieb könne man sich nicht mehr leisten. Alles müsse hinterfragt und auf den Prüfstand gestellt werden. Wichtig sei, offen zu sagen, was Sache ist. "Die Gedanken sind frei", teilte Mai mit.

Auch Michael Theis erwähnte die Stadtwerke. Die ganze Kapazität komme wohl dem Bereich mit Partnern (Wasser- und Stromversorgung) zugute und der Rest stehe im Minus. Die kleine Landesgartenschau sei eine einmalige Chance, er erwarte ein klares einstimmiges Signal des Gemeinderats. Das Thema ÖPNV müsse grundsätzlich diskutiert werden, so Theis. Auf die Breitband-Versorgung ging er zudem ein – der Bürgermeister meinte, in der nächsten Sitzung die Situation vorzutragen zu wollen.

Rotensols Ortsvorsteher Hermann Schneider appellierte daran, die 60 000 Euro für die öffentliche Toilettenanlage beim Dorfplatz nicht für immer zu streichen. Man müsse ein Signal setzen, auch in Sachen ehrenamtliches Engagement. Bürgermeister Mai erklärte, der Ortschaftsrat habe angeregt, dass das dortige Rathaus verkauft werden könne. Dann gebe es aber ein Problem bei Veranstaltungen. Nun soll in der nächsten Sitzung auch darüber abgestimmt werden, ob bei der mittelfristigen Finanzplanung die Toilettenanlage berücksichtigt wird.

uKommentar

Kämmerin Sabine Zenker erklärte, dass dieses Jahr bei der Haushaltskonsolidierung noch einiges ausstehe. So führte sie zum Beispiel einen Förderverein Freibad, eine Bürgerstiftung, die Verwendung des Kindergartens Regenbogen, die Friedhofsgebühr samt Konzept sowie die Realsteuer 2014 und die Verwaltungsgebühr-Neukalkulation auf.

Keine Schulden außerhalb des Haushalts, höhere Förderquoten und eine bessere Übersichtlichkeit: So nannte sie die Vorteile bei der Überführung der Rennberg-Schulden. Waren es im Haushalt 2012 die Grundstücke mit 1,6 Millionen Euro, ist es 2013 die Erschließung mit 3,5 Millionen Euro.

Wie berichtet hat der Haushaltsplan ein Gesamtvolumen von 26 739 800 Euro. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt (Investitionen) belauft sich auf minus 1 159 800 Euro. Im Plan ist die allgemeine Rücklage mit 835 200 Euro angegeben. Die Schulden belaufen sich zum 31. Dezember 2013 auf circa 16 Millionen Euro. Das ergibt eine Pro-Kopf-Verschuldung von rund 2162 Euro.

Beim Eigenbetrieb KKTM sieht der Wirtschaftsplan so aus: Erfolgsplan: 1 188 400 Euro, Vermögensplan: 452 600 Euro. Das sind zusammen 1 641 000 Euro. Der ausgewiesene Verlust 2013 beträgt 432 700 Euro. Als einmalige Belastungen in diesem Jahr werden die Luftuntersuchung für Prädikate (20 000 Euro) und die Aufarbeitung des Quellenerlebnispfads (8000 Euro) aufgeführt.

Von Markus Kugel

Die Bad Herrenalber Stadträte zeigen sich erfreut darüber, dass alle Zahlen auf dem Tisch liegen. Mit Blick auf die monetäre Situation ist die Freude aber schnell verflogen. Bei der Haushaltsberatung machte Bürgermeister Mai gleich mal deutlich: Man steht mit dem Rücken zur Wand. Der Gemeinderat ist jetzt mehr denn je gefordert. Wenn UBV-Fraktionschef Rüdiger König erklärt, dass die kleine Landesgartenschau 2017 noch nicht als beschlossen angesehen wird, dann besteht noch Diskussionsbedarf. Es ist nachvollziehbar, wenn er eine gesonderte Sitzung fordert, in der es um die mittelfristige Finanzplanung geht. Diese muss freilich – übrigens wie alle Debatten, die den äußerst strapazierten Stadtsäckel betreffen – öffentlich sein. Schließlich sollen die Bürger live erleben, was in den Köpfen der Räte vorgeht. Und was alles auf sie zukommt.